

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler
Johannes-Rau-Platz 1 - 52249 Eschweiler

An
Stadt Eschweiler
Herrn Bürgermeister
Patrick Nowicki

SPD-Fraktion im Rat der Stadt
Eschweiler
Johannes-Rau-Platz 1
52249 Eschweiler

Ausschließlich per E-Mail

Eschweiler, 07.03.2026

Antrag: Dramatische finanzielle Lage der Kommunen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

für die nächste Stadtratsitzung beantragen wir die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes mit dem Titel „Dramatische finanzielle Lage der Kommunen“.

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt:

- 1.** drei wesentliche Sachverhalte aufzuzeigen, bei welchen Kosten im laufenden Haushalt der Stadt Eschweiler auf Aufgabenzuweisungen des Landes und Bundes zurückzuführen sind und nicht vollständig refinanziert sind;
- 2.** Diese Sachverhalte hinsichtlich derer das Konnexitätsprinzip folglich nicht gewahrt ist, der Landesregierung NRW bzw. der Bundesregierung zusammen mit dem Begründungstext dieses Antrags mitzuteilen.
- 3.** dabei mit Nachdruck auf die miserable finanzielle Situation der Kommunen hinzuweisen.
- 4.** den kommunalen Spitzenverbänden sowie den örtlichen Landtags- und Bundestagsabgeordneten eine Durchschrift zur Kenntnis zu geben und um Unterstützung zu bitten.

Begründung:

Die Kommunen in NRW, auch Eschweiler, stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Aus der Vorstellung der Eckpunkte des Haushalts 2026 und der mittelfristigen Finanzplanung durch die Kämmerei im Dezember 2025 wurde abermals deutlich, wie ernst die Lage ist. Nach dem Verlassen des Haushaltssicherungskonzeptes 2010-2017 konnte die Stadt Eschweiler den Haushaltsausgleich in den Jahren 2017-2018 sowie 2020 bis einschließlich 2022 aus eigener Finanzkraft herstellen. In den Folgejahren verschlechterten sich die finanziellen Rahmenbedingungen rapide.

Trotz der Berücksichtigung von globalem Minderaufwand schwankt laut Eckpunkten in den Jahren 2026 bis 2029 das Jahresergebnis nach Abzug von globalem Minderaufwand zwischen -17 Mio. und -23,6 Mio. Euro. Die Entwicklung des Eigenkapitals zeigt schon zum Ende des Jahres 2026 ein Aufzehren der Ausgleichsrücklage und ab 2027 einen bilanziellen Verlustvortrag, der ab 2029 die Allgemeine Rücklage übersteigt, sodass eine bilanzielle Überschuldung der Stadt Eschweiler resultiert.

Der „Kommunale Finanzreport 2025“ der Bertelsmannstiftung beschreibt das sich für das Jahr 2024 ergebende Finanzierungsdefizit der Kommunen von 24,8 Mrd. Euro als in seiner Dimension beispiellos.¹ Diese Haushaltskrise lässt sich dabei nicht einnahmeseitig erklären, vielmehr ist das zentrale Problem, das die Ausgaben zum Beispiel für Personal, Energie und Bauleistungen sowie insbesondere Sozialausgaben insgesamt im Jahresvergleich zu 2023 doppelt so schnell gestiegen sind wie die Einnahmen. Wenn sich nicht alsbald ein wirtschaftlicher Aufschwung einstellt, drohen perspektivisch auch stagnierende oder sogar rückläufige Einnahmen.

Die Finanzierungslage spiegelt sich auch in einem immer weiter steigenden Investitionsstau wider. In ihrem KfW-Kommunalpanel nennt die KfW für 2024 einen Investitionsstau der Kommunen von 215,7 Mrd. Euro. Den größten Investitionsrückstand sehen die Kommunen demnach bei den Schulgebäuden. Hier beträgt die Lücke 67,8 Mrd. EUR oder 31 % des gesamten Investitionsstaus. Darauf folgt die Straßen- und Verkehrsinfrastruktur mit 53,4 Mrd. EUR oder 25 % des Investitionsrückstands.²

Für NRW meldet der Landesbetrieb IT.NRW: Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände in den Kernhaushalten lagen Ende 2024 bei 55,4 Mrd. Euro (plus 12,3 % gegenüber 2023). Die Liquiditätskredite stiegen auf 23,4 Mrd. Euro (plus 12% gegenüber 2023).³

Das Land NRW hat mit dem Altschuldenentlastungsgesetz einen Schritt getan und 167 Kommunen anteilig mit rd. 8,9 Mrd. Euro entlastet. Eine entsprechende Initiative des Bundes zur Beteiligung an einer Entschuldung der Kommunen und die dafür nötige Grundgesetzänderung wurde zwar 2025 angestoßen, jedoch aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen nicht mehr beschlossen und offenbar bislang nicht weiter verfolgt. Eine einmalige/teilweise Entlastung ersetzt dabei keine strukturelle Reform der Kommunalfinanzierung und keine auskömmliche Finanzierung übertragener Aufgaben. Andernfalls steuern die Kommunen unmittelbar weiter in die Überschuldung.

Die Lage der kommunalen Haushalte ist sehr angespannt und das merken wir auch in Eschweiler. Die Defizite, die sich in der mittelfristigen Finanzplanung ergeben, sind derart groß, dass sie kaum mehr mit Einzelmaßnahmen oder kurzfristigen Programmen korrigiert werden könnten. Schlimmer noch: Wir steuern einer Entwicklung entgegen, bei der allein die Pflichtaufgaben die finanziellen Möglichkeiten übersteigen.

Aus diesem Grund fordert der Rat der Stadt Eschweiler:

- übertragene Aufgaben auch auskömmlich zu finanzieren (Konnexität) sowie weniger neue bzw. keine weiteren (sozialen) Aufgaben mehr auf die Kommunen zu übertragen,
- eine dauerhafte Entlastung der Kommunen bei den bundesrechtlich veranlassten Sozialausgaben,
- einen weiteren, nachhaltigen Altschuldenabbau durch Beteiligung des Bundes, um erdrückende
- Zinslasten im Kernhaushalt abzubauen,
- Finanzmittel pauschal den Kommunen zur Verfügung zu stellen, statt immer mehr Förderprogramme mit teilweise hohen Eigenanteilen aufzulegen, deren Abrufen oft aus finanziellen, personellen und bürokratischen Gründen nicht möglich ist,

¹ https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Monitor_Nachhaltige_Kommune/Finanzreport2025.pdf

² <https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/KfW-Research/KfW-Kommunalpanel.html>

³ <https://www.it.nrw/nrw-kommunale-verschuldung-2024-gestiegen>

- wirkungsvolle Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft: ohne eine echte konjunkturelle Erholung drohen die kommunalen Haushalte weiter in Schieflage zu geraten,
- die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung: Kommunen brauchen Entscheidungsspielräume vor Ort.

Mit freundlichen Grüßen



Aaron Möller
Fraktionsvorsitzender